

Akten unter Verschluss

Staatliche Stellen halten mehr als 50 Meter Akten der einstigen DDR-Spionageorganisation Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) unter Verschluss, die nach der Wende nicht vernichtet worden sind. Darunter befinden sich rund sieben Meter Material, die nach den Worten eines engen Ex-Mitarbeiters des früheren DDR-Chefspions Markus Wolf „faktisch den gesamten Wissensstand der HVA über die Nachrichtendienste und Staatsschutzorgane der alten Bundesrepublik“ enthalten. Generalbundesanwalt, Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt haben die Akten gesichtet und zum Teil in Verwahrung genommen. Nach Hinweisen über hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter der HVA allerdings suchten die Beamten vergeblich – entsprechende Unterlagen konnten die Ost-Geheimdienstler mit Billigung der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) noch vor der Wiedervereinigung in den Reißwolf stecken.

Verdacht auf Befangenheit

Zwei der acht Karlsruher Verfassungsrichter, die im Dezember über die Neufassung des Paragraphen 218 verhandeln, sind bei Bonner Frauenpolitikerinnen in den Verdacht der Befangenheit geraten. Der 56jährige Richter Hans Hugo Klein, so entdeckten sie in alten Akten, hatte schon 1974 die Fristenlösung aktiv bekämpft. Als damaliger CDU-Bundestagsabgeordneter hatte Klein die erste und erfolgreiche Klage



Klein

seiner Partei gegen die Fristenlösung unterschrieben. Über einen Befangenheitsantrag wollen die Politikerinnen in dieser Woche entscheiden. Einen Ablehnungsantrag erwägen Politikerinnen mehrerer Bundesländer auch gegen Ernst-Wolfgang Böckenförde. Sie werfen dem Verfassungsrichter eine zu große Nähe zur „Juristen-Vereinigung Lebensrecht“ vor, deren Mitglied der praktizierende Katholik war.



Sicherstellung von Cäsium im Frankfurter Hauptbahnhof

Jagd auf Atomhändler

Zur Bekämpfung der wachsenden Nuklearkriminalität haben die Landeskriminalämter eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Anlaß für die Bildung des Teams mit Kriminalisten aus sechs Bundesländern ist die stark gestiegene Zahl von Fällen verbotenen Handels mit radioaktivem Material. Nach einer BKA-Statistik wurden 1992 bereits 95

Fälle gezählt, in denen echte oder vermeintliche Strahlen-Stoffe illegal angeboten wurden. Vergangenes Jahr hatten die Ermittler dagegen nur zwölf Vorkommnisse dieser Art registriert. Die gefährlich strahlenden Substanzen stammen überwiegend aus Osteuropa. Bei einem der spektakulärsten Fälle hatte die Polizei Anfang Oktober Cäsium 137 in einem Frankfurter Bahnhofsschließfach sichergestellt.

Einstieg in den Ausstieg

Einige deutsche Atomkraftwerke könnten schon bald überflüssig werden. Fünf der acht großen deutschen Stromerzeuger verhandeln unter Führung der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) mit Norwegen über den Import von preisgünstigem Strom aus Wasserkraft. Einigen sich die Partner auf einen mindestens zehn Jahre laufenden Vertrag mit den Skandinaviern, könnten die deutschen Stromfirmen, neben den HEW die Berliner Bewag, das Badenwerk, die schwäbische EVS und VEW in Dortmund, dank der sauberen Norwegen-Energie auf den Neubau klimagefährdender Kohlekraftwerke oder auf Strom aus den alternativen Atommeilern verzichten.

Die deutschen Strommanager planen zunächst die Verlegung einer Gleichstromübertragungsleitung auf dem Grund der Nordsee, über die etwa 600 Megawatt elektrische Energie von Südnorwegen nach Brunsbüttel nahe der Elbmündung transportiert werden sollen. Schätzkosten für die rund 600 Kilometer lange Leitung: eine Milliarde Mark. Das wäre weit weniger, als der Bau eines neuen Kohle- oder Kernkraftwerks

mit vergleichbarer Leistung kosten würde.

Die Norweger haben Interesse an dem Handel, weil sie mit ihren vielen Talsperren schon jetzt über erhebliche Überkapazitäten zur Stromerzeugung verfügen. So wird der umweltfreundliche Importstrom trotz des weiten Transportweges wahrscheinlich deutlich billiger sein als die in Deutschland produzierte Energie.

Zumindest für die mehrheitlich dem Hamburger Senat gehörenden HEW, beteiligt an vier Kernkraftwerken am Ufer der Elbe, stellt sich bei Vertragsabschluß die Atomfrage: Seit einer Satzungsänderung im Juni dieses Jahres hat die Stromfirma „auf Kernenergie so zügig zu verzichten“, wie dies „rechtlich und für die Gesellschaft wirtschaftlich vertretbar ist“. HEW-Vorstandsmitglied Manfred Timm formuliert vorsichtig: „In begrenztem Umfang kann ein Ersatz unserer Kernenergie durch Strom aus Norwegen möglich sein.“ Hamburgs Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD), zugleich HEW-Aufsichtsratsvorsitzender, sagt es deutlicher: „Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie.“